

19.08.20

Fz - AIS - G

Unterrichtung

Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen

Das Bundeskanzleramt hat mit Schreiben vom 19. August 2020 zu dem o. g. Gesetzentwurf Folgendes mitgeteilt:

Mit Schreiben des Stellvertreters der Bundeskanzlerin an den Präsidenten des Bundesrates vom 7. August 2020 wurde der im Betreff genannte Gesetzentwurf übersandt. Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates zu dem Gesetzentwurf konnte seinerzeit in der Kabinettsvorlage nicht mehr berücksichtigt werden. Daher wurde sie in der heutigen Kabinettsitzung nachträglich zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme der Bundesregierung zur Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates wurde in der heutigen Kabinettsitzung beschlossen.

Es wird gebeten, die anliegende Stellungnahme des Normenkontrollrates sowie die Gegenstellungnahme der Bundesregierung im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

Anlage

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Absatz 1 NKRG

Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (NKR-Nr. 5374, BMF)

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des oben genannten Regelungsvorhabens geprüft.

I. Zusammenfassung

<p>Bürgerinnen und Bürger Erfüllungsaufwand:</p>	<p>nicht ermittelt</p>
<p>Wirtschaft Erfüllungsaufwand:</p>	<p>nicht ermittelt</p>
<p>Verwaltung Erfüllungsaufwand:</p>	<p>nicht ermittelt</p>
<p>Evaluierung</p> <p style="text-align: right;">Ziele</p> <p style="text-align: right;">Daten / Indikatoren</p> <p style="text-align: right;">Datengrundlage</p>	<p>Das Regelungsvorhaben wird gemäß § 33b Abs. 8 Einkommensteuergesetz (EStG) im Bezug auf die Regelungen zum Pflege-Pauschbetrag bis Ende 2026 evaluiert.</p> <p>Untersuchung der Neuregelung zum Pflege-Pauschbetrag im Vergleich zum bisherigen Status Quo; Identifizierung möglichen Handlungsbedarfs</p> <p>Umfang der Inanspruchnahme des Pflege-Pauschbetrages für die häusliche Pflege von Personen mit Pflegegrad 2, 3, 4, oder 5 und Menschen mit Behinderungen und dem Merkzeichen „H“; Erfüllungsaufwand für die Steuerpflichtigen sowie den für die Feststellung einer Behinderung oder eines Pflegegrades zuständigen Stellen und Verwaltungen</p> <p>Daten der zuständigen Stellen und Verwaltungen, die für die Feststellung einer Behinderung oder eines Pflegegrades zuständig sind sowie die Finanzbehörden</p>

Der Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) stellt den Erfüllungsaufwand (Be- und Entlastungen) für Bürgerinnen, Bürger und Verwaltung nicht dar.

Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags Einwände gegen die Darstellung der Gesetzesfolgen in dem vorliegenden Regelungsentwurf. Die Einwände können sich erst und nur dann erledigen, wenn das Ressort eine methodengerechte und nachvollziehbare Darstellung des Erfüllungsaufwands vorlegt. Die Nichtdarstellung des Erfüllungsaufwandes ist insbesondere deshalb nicht zu verstehen, da das Ressort hier offensichtlich die Chance hätte, einen Minderaufwand nachzuweisen. Dem NKR wurde vom Ressort zugesagt, den Abgeordneten und Entscheidungsträgern im Bundestag und Bundesrat die Höhe des mit diesem Gesetzentwurf einhergehenden bzw. sich verringernden Erfüllungsaufwandes zeitnah und noch vor Abschluss des parlamentarischen Verfahrens zur Verfügung zu stellen. Mit der ex ante Ermittlung des Erfüllungsaufwandes hat das Ressort das Statistische Bundesamt beauftragt. Die Ergebnisse sollen Ende August 2020 vorliegen.

Der Nationale Normenkontrollrat bedauert, dass die Bundesregierung keine Evaluierung der Behinderten-Pauschbeträge sowie des behinderungsbedingten Fahrtkosten-Pauschbetrages vorgesehen hat. Die Bundesregierung beschränkt sich bei der bis Ende 2026 anvisierten Evaluierung allein auf die Pflege-Pauschbeträge.

II. Im Einzelnen

Mit dem Gesetzentwurf zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen werden insbesondere die Behinderten-Pauschbeträge verdoppelt und die Systematik der Behinderten-Pauschbeträge angepasst. So wird beispielsweise bei einem Grad der Behinderung von 100 (zu 100% schwerbehindert) künftig ein Pauschbetrag von 2.840 Euro anstelle von bisher 1.420 Euro gewährt. Bei einem Grad der Behinderung von 50 (zu 50% schwerbehindert) beträgt der Pauschbetrag 1.140 Euro statt vorher 570 Euro. Zudem wird nun bereits bei einem Grad der Behinderung von 20 ein Pauschbetrag von 384 Euro gewährt. Bislang musste der Grad der Behinderung mindestens 25 betragen. Auch für behinderte Menschen, die als „hilflos“ eingestuft werden, sowie für Blinde wird der Pauschbetrag von 3.700 Euro auf 7.400 Euro erhöht.

Zusätzlich wird mit dem Gesetzentwurf ein behinderungsbedingter Fahrtkosten-Pauschbetrags eingeführt. Die betroffenen Steuerpflichtigen können für die Aufwendungen für seine Fahrten, die durch die Behinderung veranlasst sind, einen Pauschbetrag in Anspruch nehmen. Den behinderungsbedingten Fahrtkosten-Pauschbetrag von 900 Euro erhalten geh- und stehbehinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 80 oder mit einem Grad der Behinderung von mindestens 70 und dem Merkzeichen „G“ (erheblich beeinträchtigt in der Bewegungsfähigkeit / gehbehindert). Auch außergewöhnlich gehbehinderte Menschen mit dem Merkzeichen „aG“ (außergewöhnliche Gehbehinderung), Blinde oder behinderte Menschen mit dem Merkzeichen „H“ (hilflos) erhalten den behinderungsbedingten Fahrtkosten-Pauschbetrag. Dieser beträgt 4.500 Euro. Über den behinderungsbedingten Fahrtkosten-Pauschbetrag hinaus sind kei-

ne weiteren behinderungsbedingten Fahrtkosten als außergewöhnliche Belastung berücksichtigungsfähig.

Auch beim Pflege-Pauschbetrag erfolgt eine Umstellung der Systematik und damit eine Angleichung an das Sozialrecht. Nach der bisherigen Regelung wurde ein Pflege-Pauschbetrag bei der häuslichen Pflege eines Menschen mit einer mit dem Merkzeichen „H“ nachgewiesenen Hilflosigkeit oder Menschen mit dem Pflegegrad 4 oder 5 gewährt. Dieser Pflege-Pauschbetrag von bislang 924 Euro wird nun für Menschen bei einem Pflegegrad 4 oder 5 oder für behinderte Menschen mit dem Merkzeichen „H“ auf 1.800 Euro angehoben. Zusätzlich wird ein Pflege-Pauschbetrag für die Pflegegrade 2 und 3 neu eingeführt. Für den Pflegegrad 2 beträgt der Pflege-Pauschbetrag 600 Euro und für den Pflegegrad 3 1.100 Euro.

Künftig müssen die zusätzlichen Anspruchsvoraussetzungen zur Gewährung eines Behinderten-Pauschbetrags bei einem Grad der Behinderung kleiner 50 nicht mehr nachgewiesen werden. So wurde bislang der Behinderten-Pauschbetrag bei einem Grad der Behinderung nur gewährt, wenn dem behinderten Menschen wegen seiner Behinderung ein Rentenanspruch zustand oder wenn die Behinderung zu einer dauernden Einbuße der körperlichen Beweglichkeit geführt hat oder die Behinderung auf einer typischen Berufskrankheit beruhte.

Sowohl die Behinderten-Pauschbeträge, als auch die behinderungsbedingten Fahrtkosten-Pauschbeträge dienen der Vereinfachung des steuerlichen Massenverfahrens. Die Pauschbeträge konzentrieren sich auf den Aufwand für die sog. „Verrichtungen des täglichen Lebens“, deren alleinige behinderungsbedingte Veranlassung nur schwer nachzuweisen ist (z.B. Körperpflege).

II.1. Erfüllungsaufwand

Das Bundesministerium der Finanzen hat das Statistische Bundesamt mit der ex ante Ermittlung des Erfüllungsaufwandes für dieses Regelungsvorhaben bis Ende August 2020 beauftragt. Die Nichtdarstellung des Erfüllungsaufwandes ist insbesondere deshalb nicht zu verstehen, da das Ressort hier offensichtlich die Chance hätte, einen Minderaufwand nachzuweisen. Bei diesem Regelungsvorhaben handelt es sich um kein Vorhaben, das der Bewältigung der Corona-Pandemie dient. Der Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode aus dem Jahr 2018 enthält einen Prüfauftrag an die Bundesregierung, die Anpassung der pauschalen Steuerfreibeträge für Menschen mit einer Behinderung zu prüfen. Dem Normenkontrollrat wurde vom Ressort zugesagt, den Abgeordneten und Entscheidungsträgern im Bundestag und Bundesrat die Höhe des mit diesem Gesetzentwurf ein-

hergehenden bzw. sich verringernden Erfüllungsaufwandes zeitnah und noch vor Abschluss des parlamentarischen Verfahrens zur Verfügung zu stellen.

Bürgerinnen und Bürger

Das Gesetz führt nach Auffassung des Ressorts nicht zu einer Veränderung des Erfüllungsaufwandes für Bürgerinnen und Bürger. Dies ist aus Sicht des Normenkontrollrates nicht plausibel.

Behinderte Steuerpflichtige können jedes Jahr bei Ihrer Einkommensteuererklärung wählen, wie sie ihre unmittelbar infolge der Behinderung entstandenen Aufwendungen steuermindernd geltend machen wollen. Sie können entweder den Behinderten-Pauschbetrag nach § 33b Einkommensteuergesetz (EStG) in Anspruch nehmen oder die Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung im Rahmen des § 33 EStG geltend machen. Nehmen die Behinderten den Behinderten-Pauschbetrag in Anspruch, wird ihnen dieser ohne Rücksicht auf die Höhe ihrer tatsächlichen Aufwendungen gewährt. Die betroffenen Behinderte brauchen dann keine Einzelnachweise zu ihren tatsächlichen behinderungsbedingten Aufwendungen (Hilfe bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens, für die Pflege sowie für einen erhöhten Wäschebedarf) sammeln und der Finanzbehörde vorzulegen. Hatte der Behinderte allerdings höhere behinderungsbedingte Aufwendungen als der Behinderten-Pauschbetrag, so ist es für ihn regelmäßig steuerlich günstiger, diese Mehraufwendungen als allgemeine außergewöhnliche Belastung steuermindernd geltend zu machen. Die Aufwendungen sind jedoch dann im Einzelnen nachzuweisen.

Die Erhöhung der Pauschbeträge wird zu einer deutlichen Verwaltungsvereinfachung führen, da Behinderte deren behinderungsbedingte Aufwendungen regelmäßig im Steuerjahr unter dem Pauschbetrag liegen, keine entsprechenden Belege mehr sammeln und bei der Finanzbehörde einreichen müssen. Die veränderten bzw. neu eingeführten Pauschbeträge reduzieren damit den Umfang der Nachweispflichten der Bürgerinnen und Bürger. Der sich dadurch im Einzelfall und insgesamt reduzierende Erfüllungsaufwand wurde vom Ressort nicht quantifiziert.

Durch die Verdoppelung des Behinderten-Pauschbetrages sowie durch die Einführung eines behinderungsbedingten Fahrtkosten-Pauschbetrages wird sich die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger, die sonst ihre behinderungsbedingten Aufwendungen als außergewöhnliche Belastungen steuerlich geltend gemacht und nicht nur den Behinderten-Pauschbetrag in Anspruch genommen haben, erhöhen. Wie viele Bürgerinnen und Bürger davon getroffen sind, hat das Ressort nicht beziffert.

Behinderten Menschen mit Einschränkungen ihrer körperlichen Beweglichkeit können Aufwendungen für behinderungsbedingte Fahrtkosten entstehen. Anstelle des bisherigen

individuellen Einzelnachweises der behinderungsbedingt entstandenen Fahrtkosten wird durch die Neuregelung eine Pauschbetragsregelung in Höhe der bisher geltenden Maximalbeträge eingeführt. Behinderungsbedingte Fahrtkosten werden künftig nur noch im Rahmen dieses Pauschbetrags berücksichtigt. Dem Steuerpflichtigen wird dadurch der aufwändige Einzelnachweis erspart und die Finanzbehörden werden von Prüfungstätigkeiten entlastet. Dieser damit wegfallende Erfüllungsaufwand wurde weder für die Bürgerinnen und Bürger noch für die Verwaltung vom Ressort bislang beziffert.

Für die Inanspruchnahme des Pflege-Pauschbetrages hat der Steuerpflichtige seine Einstufung in einen Pflegegrad durch einen entsprechenden Bescheid gegenüber der Finanzbehörde nachzuweisen. Durch die neu eingeführte Gewährung des Pflege-Pauschbetrages auch für Menschen mit Pflegegrad 2 und 3 wird sich dementsprechend die Fallzahl der Menschen erhöhen, die künftig den Pflege-Pauschbetrag in Anspruch nehmen. Demzufolge steigt der Aufwand für die Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig wird sich aber die Anzahl derjenigen Bürgerinnen und Bürger reduzieren, die – auch ausgelöst durch die nunmehr angehobenen Beträge beim Pflege-Pauschbetrag - von der Möglichkeit eines Einzelnachweises ihrer tatsächlich entstandenen Aufwendungen für die persönliche Pflege in der häuslichen Umgebung Abstand nehmen. Dies reduziert wiederum den Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger.

Künftig ist die Angabe der Identifikationsnummer des Pflegebedürftigen notwendige Anspruchsvoraussetzungen für die Inanspruchnahme des Pflege-Pauschbetrages, damit der Pflege-Pauschbetrag nicht mehrfach für die Pflege desselben Pflegebedürftigen in Anspruch genommen wird. Die Angabe der Identifikationsnummer wird zusätzlichen Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger verursachen.

Wirtschaft

Das Gesetz führt nicht zu einer Erhöhung des Erfüllungsaufwandes für die Wirtschaft durch die Einführung eines Pflege-Pauschbetrages für die Pflegegarde 2 und 3. Nähere Ausführungen hat das Ressort dazu nicht gemacht.

Verwaltung (Bund, Länder/Kommunen)

Bei den Finanzbehörden entsteht durch das Entfallen von Prüftätigkeiten Minderaufwand. So müssen die Finanzbehörden in weniger Fällen die Einzelnachweise der Steuerpflichtigen zu deren behinderungs- bzw. pflegebedingten Aufwendungen prüfen, da die Steuerpflichtigen im größeren Umfang von den für sie zum Teil auch steuerlich günstigeren Behinderten-Pauschbeträgen, behinderungsbedingten Fahrtkosten-Pauschbetrag oder Pflege-Pauschbetrag Gebrauch machen werden. Dieser Minderaufwand wurde vom Ressort bislang nicht quantifiziert. Das Ressort erwartet gleichzeitig höhere Fallzahlen bei der Inanspruchnahme der Pauschbeträge, so dass dadurch Mehraufwand für die Finanzbehörden

den entsteht. Die Höhe des sich dadurch verringernenden Verwaltungsaufwandes hat das Ressort nicht quantifiziert.

Das Ressort führt lediglich aus, dass der Verwaltung durch die Einführung eines Pflege-Pauschbetrages für die Pflegegrade 2 und 3 Mehraufwand entsteht. Die Höhe dieses Mehraufwandes wurde nicht quantifiziert.

In den Ländern entsteht einmaliger Umstellungsaufwand. Dieser erfolgt im Rahmen der laufenden Pflege und Aktualisierung der Steuererklärungsvordrucke sowie der IT-Programme und ist aus Sicht des Ressorts nicht separat bezifferbar.

II.2. Evaluierung

Die Regelungen zum Pflege-Pauschbetrag werden gemäß § 33b Abs. 8 EStG bis Ende 2026 evaluiert. Die Evaluierung ist ab Ende 2026 geplant, da erst ab diesem Zeitpunkt die entsprechenden Daten zur Einkommensteuerstatistik 2021 vorliegen.

Im Rahmen der Evaluierung soll im Vergleich zum Status Quo untersucht werden, in welchem Umfang der Pflege-Pauschbetrag für die häusliche Pflege von Personen mit Pflegegrad 2, 3, 4, oder 5 und für Menschen mit Behinderungen dem Merkzeichen „H“ in Anspruch genommen wird. Darüber hinaus soll die mit diesem Gesetz geänderte Systematik beim Pflege-Pauschbetrag bezogen auf den Erfüllungsaufwand für die Steuerpflichtigen, die für die Feststellung einer Behinderung und eines Pflegegrades zuständigen Stellen und die Verwaltungen einer näheren Betrachtung unterzogen werden und möglicher Handlungsbedarf aufgezeigt werden.

Der Normenkontrollrat begrüßt, dass die Bundesregierung nunmehr zumindest eine Teil-evaluierung dieses Gesetzes vorsieht. Damit wird vor dem Hintergrund der voraussichtlichen Steuermindereinnahmen von 230 Mio. Euro¹ und der rund 2,6 Mio. Pflegebedürftigen in Deutschland, die zu Hause versorgt werden², und damit potentiell in den Genuss der Veränderungen beim Pflege-Pauschbetrag kommen können entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt, um möglichen weiteren Handlungsbedarf bei dieser Regelung spätestens Ende 2026 mit Hilfe einer Evaluierung zu identifizieren.

Der Normenkontrollrat bedauert, dass die Bundesregierung nicht auch eine Evaluierung des Behinderten-Pauschbetrages vorgesehen hat. Dies trägt der politischen Bedeutung dieses Regelungsteils nicht gebührend Rechnung. Die durch diese Neuregelungen zum Behinderten-Pauschbetrag voraussichtlichen verursachten Steuermindereinnahmen be-

¹ Angegebener Betrag bezieht sich auf die volle Jahreswirkung zu den Regelungen des § 33b Abs. 6 EStG-E gemäß Gesetzentwurf der Bundesregierung.

² Vgl. Statistisches Bundesamt: Pflegebedürftige nach Versorgungsart, Geschlecht und Pflegegrade 2017, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Pflege/Tabellen/pflegebeduerftige-pflegestufe.html>.

tragen rund 1 Mrd. Euro³. Bei den rund 7,9 Mio. Menschen mit Schwerbehinderung in Deutschland (Grad der Behinderung von mindestens 50)⁴ und den bislang rund 4,1 Mio. Veranlagungen mit steuerlicher geltend gemachten Behinderten-Pauschbetrages wäre auch für diesen Teil des Gesetzesvorhabens eine Evaluierung angezeigt gewesen.

III. Ergebnis

Der Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) stellt den Erfüllungsaufwand (Be- und Entlastungen) für Bürgerinnen, Bürger und Verwaltung nicht dar.

Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags Einwände gegen die Darstellung der Gesetzesfolgen in dem vorliegenden Regelungsentwurf. Die Einwände können sich erst und nur dann erledigen, wenn das Ressort eine methodengerechte und nachvollziehbare Darstellung des Erfüllungsaufwands vorlegt. Aus der Sicht des NKR ist es nicht nachvollziehbar, wieso sich das Ressort nicht frühzeitig um eine Quantifizierung des Erfüllungsaufwandes bemüht hat. Die Nichtdarstellung des Erfüllungsaufwandes ist insbesondere deshalb nicht zu verstehen, da das Ressort hier offensichtlich die Chance hätte, einen Minderaufwand nachzuweisen. Dem NKR wurde vom Ressort zugesagt, den Abgeordneten und Entscheidungsträgern im Bundestag und Bundesrat die Höhe des mit diesem Gesetzentwurf einhergehenden bzw. sich verringernden Erfüllungsaufwandes zeitnah und noch vor Abschluss des parlamentarischen Verfahrens zur Verfügung zu stellen. Mit der ex ante Ermittlung des Erfüllungsaufwandes hat das Ressort das Statistische Bundesamt beauftragt. Die Ergebnisse sollen Ende August 2020 vorliegen.

Der Nationale Normenkontrollrat bedauert, dass die Bundesregierung keine Evaluierung der Behinderten-Pauschbeträge sowie des behinderungsbedingten Fahrtkosten-Pauschbetrages vorgesehen hat. Die Bundesregierung beschränkt sich bei der bis Ende 2026 anvisierten Evaluierung allein auf die Pflege-Pauschbeträge.

Prof. Dr. Kuhlmann
Stellvertretende Vorsitzende

Schleyer
Berichtersteller

³ Angegebener Betrag bezieht sich auf die volle Jahreswirkung zu den Regelungen des § 33 Abs. 2a sowie § 33b Abs. 2 und 3 EStG-E gemäß Gesetzentwurf der Bundesregierung.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt: 7,9 Millionen schwerbehinderte Menschen leben in Deutschland, Pressemitteilung Nr. 230 vom 24. Juni 2020, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/06/PD20_230_227.html;jsessionid=2E1A51BDE380F72F651E7F48AA5B20EE.internet8712.

Anlage 2

Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen

hier: Stellungnahme der Bundesregierung zur Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrats

Die Bundesregierung nimmt die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrats (NKR) zum Gesetzentwurf zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen zur Kenntnis. Der NKR erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags Einwände gegen die Darstellung der Gesetzesfolgen im Regelungsentwurf. Er fordert das Bundesministerium der Finanzen dazu auf, den Abgeordneten und Entscheidungsträgern im Bundestag und Bundesrat zeitnah und vor Abschluss des parlamentarischen Verfahrens die Höhe des mit dem Gesetzentwurf einhergehenden bzw. sich verringernden Erfüllungsaufwands zur Verfügung zu stellen. Ferner bedauert er, dass eine Evaluierung der Regelung zum Behinderten-Pauschbetrag sowie zum behinderungsbedingten Fahrtkosten-Pauschbetrag nicht vorgesehen ist.

Es ist - wie im Gesetzentwurf dargestellt - zwar davon auszugehen, dass es zu einer nicht quantifizierbaren Verringerung des Erfüllungsaufwands für Bürgerinnen und Bürger kommt, soweit in Abhängigkeit von den individuellen Gegebenheiten des Einzelfalls ein Nachweis von Aufwendungen durch die Maßnahmen entbehrlich wird. Eine weitergehende Quantifizierung dieser angenommenen Verringerung ist aufgrund der Vielschichtigkeit, den unterschiedlichen Lebenssituationen und insbesondere den fehlenden Datengrundlagen jedoch kaum möglich.

Das Bundesministerium der Finanzen wird weitere Ermittlungen zur Darstellung des mit dem Regelungsvorhaben einhergehenden Erfüllungsaufwands vornehmen. Die Ergebnisse sollen den Abgeordneten und Entscheidungsträgern im Bundestag und Bundesrat vor Abschluss der parlamentarischen Beratungen zur Verfügung gestellt werden. Eine Evaluierung der Regelungen zum Behinderten-Pauschbetrag sowie zum behinderungsbedingten Fahrtkosten-Pauschbetrag ist nicht vorgesehen.